

- Die einheitliche Liste lasse keine Opposition zu, behaupten unsere Gegner. Ohne Opposition aber sei keine Demokratie.

In der Tat, eine „Opposition“ gibt es in der DDR nicht. Die Blockpolitik und der Zusammenschluß aller demokratischen und patriotischen Kräfte in der Nationalen Front mit dem Ziel, die Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung gemeinsam zu lösen, haben dem parlamentarischen Spiel zwischen Opposition und Koalition ein Ende gesetzt. In der Weimarer Republik gab es auch die Koalition und die Opposition. Dies hinderte nicht nur, nicht, sondern förderte sogar den Machtantritt Hitlers. Heute bekennt sich auch die rechte SPD-Führung in der Bundesrepublik wieder zu diesem System und behauptet, diese Opposition sei eine „konstruktive“ Opposition. Sie hat demnach keineswegs zum Ziel, die herrschenden Kreise in Bonn bei der Verwirklichung ihrer Politik ernsthaft zu stören. Die SPD bekennt sich vielmehr zur Einheit von Regierung und Opposition, indem sie, nachdem die Mehrheit des Parlaments — Mehrheitsabstimmungen sind ja auch Ausdruck und Bestandteil der bürgerlichen Demokratie — entschieden hat, den Willen des Staates achtet. Aus dieser Achtung vor dem Willen des Staates entspringt das Bekenntnis, die Durchführung der Pariser Verträge nicht zu sabotieren, das Carlo Schmid am 28. März 1955 in der Zeitung „Die Welt“ abgab. Am 24. Januar d. J. offenbarte Ollenhauer zur Wahlkampfstrategie der Partei, daß die SPD und eine von ihr geführte Bundesregierung die ursprünglich gegen den Willen der SPD zustande gekommenen Pariser Verträge einschließlich der sich daraus ergebenden militärischen Konsequenzen als einen legalen und verfassungsmäßigen Tatbestand hinnehmen werden⁹⁾. Nach den Grundsätzen der „Demokratie“ beugt sich die „Opposition“ dem Willen der durch ein betrügerisches Wahlgesetz zusammengeschobenen Mehrheit des Bundestages und tritt damit offen für die Interessen der Monopolisten, Junker und Militaristen, gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes auf.

In der sozialistischen Demokratie der Deutschen Demokratischen Republik ist für eine solche „Opposition“ kein Raum. Die objektiven Interessen aller Klassen und Schichten der Bevölkerung am Aufbau des Sozialismus verlangen, daß alle Parteien und Massenorganisationen als Vertreter aller Klassen und Schichten gemeinsam beschließen, gemeinsam handeln und gemeinsam die Verantwortung für die Beschlußfassung und die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen tragen. Keine Partei oder Massenorganisation soll und will sich der Verantwortung entziehen. Also nicht die Sicherung der absoluten Mehrheit für die SED, um eine Minderheit überstimmen zu können, sondern die Sicherung der Teilnahme aller Parteien und Massenorganisationen an der Ausübung der Staatsmacht, zur Erreichung gemeinsamer Ziele ist der Zweck der einheitlichen Liste und der Wahlen der Abgeordneten nach Gruppen in Wahlkreisen.

Wer jedoch glaubt, daß das Geschrei der reaktionären Kräfte gegen die einheitliche Liste in der DDR prinzipiellen Erwägungen entspringt, der irrt. Sie sind

9) Neues Deutschland vom 26. Januar 1957.

nur deshalb dagegen, weil diese einheitliche Liste die Kräfte des Volkes gegen die NATO-Politik zusammenschließt. Wenn es sich jedoch darum handelt, die Mehrheit für die Regierungskoalition der Adenauer-CDU zusammenzuschieben, umgehen sie ihre eigenen Gesetze und betrügen ihre Wähler. Zwar sieht das Bundeswahlgesetz Listenverbindungen zwischen verschiedenen Parteien nicht vor. Solche Listenverbindungen waren auch schon bei den Bundestagswahlen 1953 verboten. Statt dessen wurden jedoch sog. Wahlabsprachen getroffen. Das amtliche Wahlergebnis der Wahlkreise 15 bis 22 Hamburg weist z. B. folgendes Bild auf (in Prozenten ausgedrückt):

Wahlkreis	SPD	CDU	FDP	DP	KPD	BHE	übrige
I	36,0	52,9	—	—	5,4	2,4	3,3
II	35,5	55,6	—	—	3,0	2,1	3,2
III	41,7	—	—	47,7	4,4	3,1	3,1
IV	35,0	—	54,9	—	3,1	3,3	3,7
V	41,5	—	—	47,6	3,8	3,4	3,7
VI	41,3	49,2	—	—	3,5	2,7	3,3
VII	49,8	—	39,5	—	5,0	3,4	3,1
VIII	38,1	—	52,1	—	3,4	3,0	3,4
Erststimmen	39,8 %	20,6 %	17,8 %	11,5 %	3,9 %	3,0 %	3,9 %

Es ist offensichtlich, daß jeweils zwei der drei Regierungsparteien auf die Aufstellung eines Kandidaten zugunsten der dritten Partei verzichteten. Auf diesem Wege gelang es ihnen, da in den Wahlkreisen auf Grund der abgegebenen Erststimmen stets nur der Kandidat siegreich war, der die relative Mehrheit erhielt, die Kandidaten der SPD bis auf einen zu schlagen. Obwohl die SPD fast doppelt soviel Stimmen wie die CDU und mehr als dreimal soviel Stimmen wie die DP erhielt, mußte sie sich mit einem Kandidaten begnügen, während die CDU drei, die FDP und die DP je zwei siegreiche Kandidaten in den Wahlkreisen für sich buchen konnten. In Nordrhein-Westfalen verzichtete die DZP mit Ausnahme im Wahlkreis 87 Oberhausen zugunsten der CDU auf die Aufstellung eigener Kandidaten. In diesem Wahlkreis Oberhausen aber verzichtete die CDU auf die Aufstellung eines Kandidaten und verhalf damit der DZP zu einem Kandidaten, die dadurch trotz der geringen Stimmenzahl die Sperrklausel überwinden konnte.

Der Staat der Arbeiter und Bauern strebt danach, daß das Wahlrecht ausnahmslos von allen Bürgern bewußt wahrgenommen wird. Im Ringen um die Überzeugung eines jeden Wählers, daß die Ausübung seines Wahlrechts in der DDR eine wichtige Form der demokratischen Mitbestimmung ist, wird es uns nicht schwerfallen, anhand des prinzipiellen Unterschieds zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Demokratie den hohen Grad der Demokratie unseres Wahlsystems den Manipulationen des Bundeswahlsystems gegenüberzustellen und auch daran die Überlegenheit der volksdemokratischen Ordnung über die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik nachzuweisen.

Die Sowjets der Deputierten der Werktätigen in der UdSSR — Organe echter Volksherrschaft

Von Prof. D. A. KERIMOW, Direktor des Instituts für Staatlichen Shdanow-Universität in Leningrad, z. Z.

Theorie und Geschichte des Staates und des Rechts der Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft

Es ist einer der grundlegenden theoretischen Leitsätze des Marxismus-Leninismus, daß die Arbeiterklasse zum völligen Sieg über die Ausbeuter und zur Errichtung der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft ihren eigenen neuen, sozialistischen Staat haben muß. Das Wesentliche des neuen Staates muß, wie die Klassiker des Marxismus-Leninismus gezeigt haben, die Diktatur des Proletariats sein. Die politische Form, in der die Aufgaben der Diktatur des Proletariats verwirklicht werden, sind in der UdSSR die Sowjets der Deputierten der Werktätigen. Sie bilden ein einheitliches System wirk-

licher Volksvertretung, das von oben bis unten — vom Obersten Sowjet der UdSSR bis zum Dorfsowjet der Deputierten der Werktätigen — alle Organe der Staatsgewalt umfaßt. In Gestalt der Sowjets der Deputierten der Werktätigen üben in der Sowjetunion gemäß ihrer Verfassung die Werktätigen in Stadt und Land die gesamte Macht aus. Eben darin kommt der wahrhaft demokratische Charakter des Sowjetstaates zum Ausdruck.

Diejenigen Organe der Staatsgewalt, die den Volksmassen am nächsten stehen, sind die örtlichen Sowjets